



## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

### Keine Kürzungen beim Öffentlichen Nahverkehr

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist nicht der Auffassung, dass die Regionalisierungsmittel als Subventionen einzuordnen sind und kritisiert die von der Bundesregierung vorgeschlagene Kürzung um 15 %.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für den Stopp der Pläne der CDU/SPD-Bundesregierung für massive Kürzungen bei der Finanzierung des öffentlichen Bus – und Schienenverkehrs einzusetzen und sich dem bereits angekündigten Widerstand der Bundesländer Bayern und Rheinland-Pfalz anzuschließen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, für den Fall, dass die geplanten Kürzungen der Bundesmittel für den öffentlichen Verkehr durch die große Koalition in Berlin nicht oder nur teilweise verhindert werden können, eigene Vorschläge zu entwickeln, wie der hohe Standard der Bus-ÖPNV- und SPNV-Angebote sowie das Preisniveau des S-H-Tarifes im Land gehalten werden können.

Begründung:

Die große Koalition der neuen Bundesregierung setzt die falsche Tradition der Koch-Steinbrück-Streichliste fort, indem die Regionalisierungsmittel für den Bus- ÖPNV und den SPNV als abzubauen Subventionen betrachtet werden. Die beiden Ministerpräsidenten hatten vorgeschlagen, die Regionalisierungsmittel in drei Schritten von 4% um insgesamt 12% zu kürzen. Dies war am Widerstand der grünen Bundes-

tagsfraktion gescheitert und auf eine einmalige Kürzung um 2% nur für das Jahr 2004 begrenzt worden.

Bis 2009 sollen jetzt die Regionalisierungsmittel in vier Schritten um 15 % gesenkt werden. Für Schleswig-Holstein wären das in der Gesamtsumme 93,5 Mio. € weniger an Einnahmen bis 2009. Diese gerade für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein besonders nachteiligen Pläne müssen von der Landesregierung gestoppt werden. Ansonsten ist unser hohes Niveau der Angebote im Bus-ÖPNV und besonders im SPNV, wo Schleswig-Holstein bundesweit die Nase vorn hat, nicht aufrecht zu halten. Gleiches gilt für das Preisniveau im neuen S-H-Tarif.

Diese Entscheidung der Bundesregierung ist ökonomisch und ökologisch unsinnig und fördert den motorisierten Individualverkehr in Zeiten, wo hohe Spritpreise eigentlich als Alternativen zum motorisierten Individualverkehr ein gut ausgebautes ÖPNV-Angebot auf Schienen und Straße dringend erforderlich machen.

Klaus Müller und Fraktion.